

## **Rede von Felix Hohmann (GRÜNE Jugend) anlässlich der Demonstration für Demokratie und Menschenrechte am 25.5.2024 in Winsen/Luhe**

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt auch für Geflüchtete und andere Minderheiten. Doch das Leben genau für diese Menschen wird immer gefährlicher. Queere Menschen bekommen wieder Angst sich zu outen und Personen mit Migrationshintergrund müssen in der Schule erleben, wie die Klassenkamerad\*innen "Ausländer raus" schreien oder den Hitlergruß machen. Das alles ist kein erdachtes Szenario, es ist die Realität für so viele Menschen in Deutschland, die aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Identität oder ihrer Hautfarbe diskriminiert werden, und es ist auch das Ergebnis einer Sprache, die rechte Begriffe wie Remigration immer mehr normalisiert und das Leid von Geflüchteten verharmlost.

Ich freue mich sehr, dass auch die CDU heute hier ist. Doch für alle sollte klar sein: Das reicht nicht. Eine Partei, die in vielen Räten von Gemeinde über Kreis bis hin zur Landesebene gemeinsam mit der AfD abstimmt, von der erwarte ich genauso wie von allen anderen eine klare und vor allem glaubwürdige Abgrenzung zum rechten Rand. Und dazu gehört eben nicht, sich die Sprache von Faschist\*innen anzueignen. Ein Rechtsruck der Politik sorgt nicht für eine kleinere AfD, es sorgt für eine Diskursverschiebung in einen Bereich, den wir nicht zulassen dürfen. Feuer bekämpft man nicht mit Feuer, das müssen alle Demokrat\*innen erkennen.

Die AfD bekämpft man nur, wenn man die Themen und Sorgen ihrer Wähler\*innen ernst nimmt und konkrete Lösungen bietet und umsetzt. Denn wenn die Menschen merken, dass am Ende vom Monat schon wieder kein Geld mehr da ist, bringt auch die siebzehnte inhaltliche "Demaskierung" der AfD nichts. Es braucht Politik, die den Unterschied bei den Menschen macht, die bei den Menschen im Geldbeutel ankommt. Denn Rechte sind dann stark, wenn die demokratischen Kräfte keine Lösungen bieten. Das Hetzen gegen sozial schwache Personen aus allen Schichten scheint wieder angesagt: Warum sollte es dem Bürgergeld-Empfänger gut gehen, warum sollte dieser in menschenwürdigen Verhältnissen leben dürfen? Das Treten nach unten scheint in der Krise wie ein Mittel, um sich besser zu fühlen, doch im Zweifelsfall sind die meisten von uns nur eine Kündigung vom Bürgergeld entfernt.

Das Grundgesetz garantiert die Sozialstaatlichkeit, also lasst uns statt sinnloser Debatten über das Bürgergeld oder über Sozialhilfen für Geflüchtete lieber darüber sprechen, warum so wenige in Deutschland so viel besitzen während der gesetzliche Mindestlohn immer noch nicht vor Altersarmut schützt.

Ich spreche hier heute für die Grüne Jugend, und für uns steht fest:

Es muss Schluss sein mit dem nach unten Treten, lasst uns als Gesellschaft gemeinsam

für eine bessere Zukunft von allen statt gegen die Interessen der Anderen kämpfen und lasst uns würdigen, dass das Grundgesetz hierfür den verfassungsrechtlichen Rahmen schafft!